

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Werktag, regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spielkarte“, Preisungspreis: Bei den Volkankalten vierteljährlich RM. 2.40 hinzu tritt noch das Bestellgeld; bei den Koenten monatlich 85 Pfg. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: Grundzeile 25 Pfg., lokale 20 Pfg., Anzeigen von auswärts werden durch Ueberschickung erhoben. Erschließungsort: Friedberg. Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen), Danauerstraße 12. Fernsprecher 43. Postbes. 2000 Nr. 4552. Zur Postzeitung a. M.

Innerhalb 5 Wochen 4100 Quadratkilometer feindlichen Landes besetzt. Heftige Infanteriekämpfe in Flandern. — Wyborg besetzt. — 23000 Tonnen versenkt. Der Streit um die preussische Wahlrechtsvorlage.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. T. S. Großes Hauptquartier, den 30. April. Amtlich.

Weltlicher Kriegshauptquartier.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern entwickelten sich in einzelnen Abschnitten heftige Infanteriekämpfe. Nördlich von Boormezele und Grootte Bierstraat nahmen wir mehrere englische Gräben. Bei Loker in die feindlichen Linien eingedrungenen Sturmabteilungen stießen mit starken französischen Gegenangriffen zusammen. Im Verlaufe dieser Kämpfe konnte sich der Feind in Loker festsetzen. Seine Versuche, über den Ort hinaus vorzudringen, scheiterten. Die tagsüber starke Artillerietätigkeit dehnte sich auf das ganze Gebiet des Kemmel aus und hielt bis zur Dunkelheit an.

An der übrigen Front blieb die Gefechtsstätigkeit auf Erfindungen und zeitweilig auflebender Artilleriefire beschränkt.

Mazedonische Front

Zwischen Wardar und Doiran-See brach ein nach mehrstägiger Artillerievorbereitung erfolgter feindlicher Vorstoß vor unseren Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 30. April, abends. (W. T. S. Amtlich.) Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 30. April. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

Die Gefechtsstätigkeit an der Südwostfront nahm wieder beträchtlich zu. An der Piave wurden mehrere Vorstöße des Feindes abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Der bulgarische Generalstab meldet:

Sofia, 28. April. (W. T. S.) Generalstabsbericht.

Mazedonische Front: An mehreren Stellen der Front nördlich von Bitolla, im Gernabogen und östlich vom Dobropolje war die bedauerliche Feuerstätigkeit zeitweilig lebhafter. Westlich des Wardar hält das heftige Feuer der feindlichen Artillerie gegen unsere Stellungen im Wardar- und Strumatal und die Artillerietätigkeit auf Seiten des Feindes an.

Dobrudschafront: Waffenstillstand.

Das türkische Hauptquartier meldet:

Konstantinopel, 29. April. (W. T. S.) Amtlicher Tagesbericht.

Kästlinafont: Auflebendes Geschützfeuer an verschiedenen Stellen der Front. Gefunungsabteilungen des Gegners wurden abgewiesen. Ein feindlicher Hellschall wurde von unseren Jagdfliegern brennend zum Abflug gebracht.

Kaufasfront: Unsere Truppen nahmen von dem Gebiete östlich von Kara bis zur Grenze Besitz. Auf den übrigen Fronten keine Ereignisse von Bedeutung.

23 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 29. April. (W. T. S. Amtlich.) Deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote versenkten im Sperrgebiet im Mittelmeer 5 Dampfer und 2 Segler von zusammen rund 23 000 Tonnen-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der französische bewaffnete Dampfer „Libertia“ (1942 Brutto-Registertonnen), ein großer bewaffneter Transporter mit zwei Schonbojen sowie ein italienischer Segler mit 700 Tonnen Eisen für Genua.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 29. April. (W. T. S.) „Daily Mail“ vom 18. April enthält folgende bemerkenswerte Äußerung zu den Verlusten durch den U-Bootskrieg: Es wird vorgeschlagen, Tausende von Arbeitern für die Werften und die Schiffbauindustrie zurückzubehalten. Es ist klar, daß nur Junge und kräftige Leute hierfür in Frage kommen, denn alte Leute können die durch die U-Bootsstätigkeit verursachten bedenklichen schweren Verluste nicht wieder gut machen. Man kann aber nicht zugleich ein großes Schiffbauprogramm durchführen und eine große neue Armee aufstellen. Hierzu kommt noch, daß die englischen Truppen in der ganzen Welt von Archangel bis Hongkong verstreut seien und überall mit Nachschub und Proviant versehen werden müssen. So werde Englands nationale Kraft auf das äußerste angepannt. Sie gleicht einem Licht, das von beiden Seiten angezündet, doch bei der drohenden Niederlage der gegenwärtigen Gewalt über sich jedes Mittel reht. Doch wird die Stunde kommen, daß ein zweiter Lord Chatham, der 1778 im Unterhause die Unmöglichkeit Amerika zu besetzen bewies, den jetzigen Feindregieren Englands sagen wird: Man kann Deutschland nicht besetzen.

Ein englisches Torpedoboot gesunken.

Bern, 29. April. (W. T. S.) Der „Matin“ meldet aus Algier über Madrid: Ein englisches Torpedoboot wurde auf einer Patrouillenfahrt auf der Höhe von Algieras vom Sturm überrollt und sank. 12 Matrosen ertranken.

Ein kanadischer Ozeandampfer torpediert.

Solothurn, 30. April. (W. T. S.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der kanadische Ozeandampfer „Oronsa“ (8075 Tonnen) wurde torpediert und sank. 110 Passagiere sind gerettet. Drei Mann der Besatzung werden vermißt.

Stockholm, 30. April. (W. T. S.) Laut „Stockholms Dagbladet“ ist der schwedische Flaggdampfer „Sole“, 1350 Brutto-Registertonnen groß, vor Flamborough Head torpediert worden.

Die Schlacht im Westen.

Der Geländegewinn der Deutschen. — Eine englische Täuschung.

Berlin, 30. April. (W. T. S.) Innerhalb fünf Wochen eroberten die Deutschen während der großen Westoffensive über 4100 Quadratkilometer. Die Entente konnte in der neunfachen Zeit, d. h. in 44 Wochen während ihrer Abwehrkämpfe 1916 und 1917 an der Somme, bei Arras und in Flandern im ganzen 561 Quadratkilometer buchen. Die Deutschen erzielten also in einer viel kürzeren Zeit das 7/8fache des Gesamtgeländegewinnes der Entente.

Nach dem englischen Bericht vom 19. April soll die 7. deutsche Division vollständig ausgerieben worden sein. Das Bemühen der Entente, durch das Vorwühlen großer deutscher Verluste die gedrückte Stimmung der eigenen Länder zu heben, ist selbsterhellend. Es ist jedoch zur Beleuchtung der Zuverlässigkeit solcher englischer übertriebenen Verlustberichte festzustellen, daß die angeblich am 19. April ausgeriebene 7. deutsche Division am 26. April Et. Et. Et. genommen hat.

Berlin, 29. April. (W. T. S.) Nach dem Verlust der wichtigen Kanalstellung sucht die Entente die Aufmerksamkeit von dieser schweren Niederlage in Flandern dadurch abzuwenden, daß sie in jedem Bericht betont, die Deutschen hätten in Richtung auf Amiens keinen neuen Bodengewinn zu verzeichnen. Gleichzeitig wird englischerseits die Wichtigkeit von Amiens gegenüber dem Kammelmassiv hervorgehoben. Von welcher Bedeutung der Kemmel für die Engländer war, erhellt daraus, daß sie den Generalstabschef noch nötigte, starke Kräfte nach Flandern zu werfen, um die Verteidigung dieser wichtigen Höhenstellung im West zu sehen. Die Massenangriffe, die nach der Einbuße der Kammelmassive Engländer und Franzosen zu einer Wiedereroberung einluden, sowie die fortgesetzte Preisgabe des Ozeanbojen sind ein Beweis für die Größe des jüngsten deutschen Sieges in Flandern.

Englische Woffenverluste.

Berlin, 29. April. (W. T. S.) Die ungeheuren Verluste der Engländer lassen sich immer deutlicher in ihren Einzelheiten übersehen. So mußte eine vollständige Armeedivision durch eine andere ersetzt werden, weil sie vollständig außer Stande war, den Kampf weiter fortzuführen. Einzelne Divisionen erlitten ungeheure Verluste, so die 19. und 14. Division, die 199 Offiziere und 4679 Mann, die 18., die 78 Offiziere und 4000 Mann und die 30. Artilleriedivision, die 34 Offiziere und 3222 Mann und die

76. Division, die 104 Offiziere und 3990 Mann liegen. Neben die 28. Brigade, die 51. Schützendivision und die 56. Division sind fast ganz ausgerieben. Besonders schwer wurde die 163. schottische Brigade und die 61. Division mitgenommen. Zu Beginn der Offensive wurden durch die blutigen Verluste die 6. und 24. Division ausgerieben. Die 2., 17. und 58. wurden sehr geschwächt. Sehr blutige Verluste erlitten bei Moreuil die 29., bei Hamel die 2. Division. Das 5. Tank-Bataillon hat bei Veronne fünfundsiebzig Tanks eingebüßt. Die Mannschaften wurden jedoch als Maschinengewehrteams ohne Tanks an die Front geschickt. An der Somme hat die 151. Brigade außerordentlich schwere Verluste gehabt. Zwei vollständige Kompanien sind erloschen worden. Oberhalb von Estampes verlor eine Brigade ein Drittel ihres Bestandes. Ihre Verluste waren so groß, daß die Ersatztransporte nicht annähernd ausreichten, die Lücken zu schließen. Bei Rousies verloren die Gordon-Highlanders 100 Mann pro Kompanie. Ausreichender Ersatz war nicht zu beschaffen. Bei erneutem Einsatz verloren die Kompanien wieder 70 Mann ihres Bestandes. Fast vollständig erloschen wurde das 4. York-Regiment westlich von Estampes. Von der 51. Division gingen an der Somme 40 Prozent verloren. An der Looe erlitt diese Division nochmals eine schwere und blutige Niederlage. Von den Kraftfahrern des 11. Korps sind bei Veronne allein 50 Prozent ausgefallen. Die 1., 2. und 3. Division wurden an der Somme außerordentlich geschwächt. Von der 3. Division wurde die kanadische Kavalleriebrigade bei einer Attacke zwischen Moreuil und Demuin ganz zusammengebrochen. Schwer waren die Verluste an Geschützen und Mannschaften der 223. Artillerieabteilung auf ihrem Rückzug. Die 36. Division verlor bei Et. Quantin ihre ganze Artillerie und behielt die Hälfte ihrer Infanterie ein. Von der 27. Brigade gingen an der Somme 56 Prozent verloren. Sie brauchte 400 Mann Ersatz pro Bataillon, von denen sie bei erneutem Einsatz einen Teil wieder verlor. Sehr schwer sind die Verluste der 5. Rifles, der 41. Brigade, der 4. Berch und der 7. Suff.-Regiment. Die 5. Berch wurden ausgerieben. Ebenfalls außerordentlich hoch sind die Verluste der 13. und 25. Brigade. Das 1. kanadische Rifle-Regiment C. hatte vor dem Beginn der Offensive schon 300 Mann durch Gas verloren. Zu den Regimentern, die am schwersten gelitten haben, gehören das 1. Berch und das 23. Jäger-Regiment.

Weitere Rückzugsvorbereitungen.

Genf, 29. April. Folch der heutigen Haasnote betonen alle der Umgebung Hoch entflammenden Nachrichten, daß die englischen Stellungen nächst Ypern nur als provisorisch gewählte zu betrachten seien, weil sie dem fortgesetzten durchdringenden deutschen Artilleriefeuer ausgesetzt seien. Der englische General Plumer hat Befehle erhalten, alle zur Schonung der Truppen erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Die Kämpfe in Finnland.

Kopenhagen, 30. April. Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist nun ganz Wyborg erobert. Der Feind hält sich noch im westlichen Teil von Sorvali Dranbara. 6000 Revolutionäre versuchten sich einen Weg nach Norderlissam zu bahnen. Der Versuch wurde jedoch mit schweren Verlusten abgewiesen. Durch diesen Sieg hat das finnische Heer die letzte starke Wehr des Feindes gebrochen.

Wyborg erobert.

Berlin, 30. April. (W. T. S. Nichtamtlich.) Das finnische Hauptquartier meldet: Wyborg ist erobert. Stockholm, 30. April. Die Weiben haben Wyborg erobert. Die roten halten nur einen wesentlichen Teil von Heronias und Tenbaras besetzt. 2000 Rote versuchten gegen Frederikshamn durchzubrechen. Der Versuch mißglückte unter sehr großen Verlusten.

Weiterer Vormarsch in Rußland.

Petersburg, 29. April. (W. T. S.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Vormarsch der Deutschen und Ukrainern gegen Nowosim am Don wird fortgesetzt. Es wird berichtet, daß bei Alexandrowski im Gouvernement Zlatopolis Kämpfe stattgefunden haben. Die Stadt soll geräumt sein.

Gegenrevolutionäre Unruhen?

Amsterdam, 30. April. Der Exgange Telegraph meldet aus Kopenhagen, daß während der letzten Tage keine Telegramme aus Petersburg eingetroffen seien. Nach Berichten aus Finnland sind in Petersburg erste Unruhen ausgebrochen im Zusammenhang mit einer Gegenrevol-

tion. Jedenfalls siehe fest, daß die Transporte russische Soldaten aus Finnland am 26. April eingeleitet wurden als Folge des Zustandes in Petersburg. Bände mit verwundeten roten Garbisten kamen von Petersburg in Wiborg an.

Vermittelte russische Kriegshilfe.

Holländische Geruze, 29. April. Laut dem Amsterdamer „Handelsblad“ wird aus Petersburg gemeldet, daß von den russischen Kriegshilfen, die unmittelbar vor Antritt der deutschen Truppen in Heligoland den Hofen verlassen hatten, noch kein einziges in Kronstadt angekommen sei. Nach einem drabllösen Telegramm eines der Kreuzer sind die Schiffe in Treibeis geraten, und es herrscht starke Besorgnis wegen ihres Verbleibs.

Das Verlangen der amerikanischen Friedenshilfe.

„New York Times“ vom 27. März gibt folgenden Bericht über die große Ernährungsfrage vom 26. März. Heute fand die aufregendste und erhitze Debatte statt, die der Senat seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg erlebt hat. Gegen die Regierung wurde die Belohnung erhoben, daß sie in höchst beklagenswerter Weise ihre Pflicht bei der Vorbereitung der amerikanischen Kriegshilfe verabsäumt habe. Die Opposition wurde geführt von dem Senator Lodge. Er las folgende Rede:

„Das Schicksal des Krieges hängt in der Schwebe. In dieser dunklen Stunde wäre es ein Verbrechen, dem amerikanischen Volke noch länger die Lasten vorzustecken, die der Feind längst kennt... Auf Grund der besten Nachrichten, die ich mir habe verschaffen können, besteht die ganze Leistung unseres seit September 1916 bestehenden Schiffbauamtes darin, daß wir bisher im ganzen die Welttonnage um zwei in eigenem Betrieb auf amerikanischen Werften gebaute Schiffe vermehrt haben. Wir haben immer davon gehört, daß wir einige 25 Schiffe gebaut hätten — wir haben allerdings einige bei uns von fremden Mächten bestellte Schiffe fertig gemacht und andere in Bestellung gegeben — an rein amerikanischen Schiffen haben wir bis jetzt tatsächlich nur zwei gebaut. Wenn die gesamte Kriegslage überhaupt noch endgültig geregelt werden soll, so kann das nur durch die Hilfsmittel und die Arme der Vereinigten Staaten geschehen. Unser Wehrpflichtgesetz ist gut, es hat uns die Mannschaften geliefert, aber abgesehen davon, haben wir an Leistungen nichts aufzuweisen. Ein verlorenes Jahr!“

Angesichts dieser Tatsachen ist der ungemein ernste Appell des Leiters des englischen Schiffbauamtes, Sir Joseph Rowan, an die Amerikaner (über den wir kürzlich berichtet haben), doppelt verständlich: „Die Lage ist hoffnungslos, wenn nicht Amerika die Erwartungen erfüllen kann!... Denken Sie daran, daß die Unterseeboote noch jetzt erheblich mehr als zweimal soviele Schiffe versenken, wie auf englischen Werften gebaut werden.“

Der Urheber des Weltkrieges gekoren.

Wien, 30. April. (WB.) Die Witter melden, daß gestern in der Stellung Theresienstadt Gubalo Pringib, der Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin gekoren ist.

Gegen Erzberger.

Aus Dresdenner Zentrumskreisen wird der „Dresdner Volkszeitung“ mitgeteilt, daß Sonntag in Dresden eine Hauptversammlung des Zentrumswahlvereins in Sachsen stattgefunden habe, die stürmisch verlaufen sei. Es habe gegolten, den Vorstehenden zu kürzen und einen Anhänger der Vaterlandspartei für diesen Posten zu wählen. Bei der Behauptung der Waugener Erzählung sprach der Graf von Schönburg-Waldenburg gegen Erzberger schwere Beschuldigungen aus. Die anwesenden Arbeiter protestierten hiergegen und verlangten die Entfernung des Grafen. Erst nach einer dreimaligen Aufforderung des Vorstehenden den Saal zu verlassen oder die Beschuldigung zurückzunehmen nahm Graf Schönburg ohne jedes Bedauern seine Worte zurück. Es gelang seinen Freunden, einen Anhänger der Vaterlandspartei, den Seifenfabrikanten Schmidt, zum ersten Vorsitzenden zu wählen.

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

(128. Sitzung vom 30. April.)

Hans und Trübner sind sehr stark befeht. Auf der Tagesordnung stehen die zweite Beratung der Wahlrechtsvorlage und die Vorlagen betr. Zusammensetzung des Herrenhauses und betr. Abänderung der Besetzung.

Graf v. Spee (Zentrum): Ich stelle den Antrag, die §§. 1-3 von der Tagesordnung abzuheben und bis zum Friedensschluß zu verlegen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen der Rechten und einzelner Zentrumsmitglieder.) Ich stelle den Antrag auf eigene Faust. In dem Juli-Erlaß ist nichts gesagt worden, daß die Wahlreform noch während des Krieges erfolgen soll. Es muß alles vernachlässigt werden, was den Frieden zuweilen könnte, daß wir die Einigkeit im Innern nicht aufrecht erhalten können. Es handelt sich nur allem um den Zeitpunkt, in welchem die Wahlreform ihre Geltung finden soll. Und das werden Sie alle einsehen, daß der jetzige Existenzkampf der gewaltigste, den wir heute erleben, nicht dazu geeignet ist. Die Annahme meines Antrages wird im Innern wie an der Front gerühmt eine Gelöstung bedeuten. (Beifall rechts. Widerspruch links.) Wir kommen nur mit der Annahme meines Antrages zum Ziel, sonst wächst die Forderung unserer Feinde, uns endlich doch noch besiegeln zu können. Die Zeit ist nicht geeignet, uns zu gestatten, politische Meinungsverschiedenheiten zum Austrag

zu bringen. (Jucule links: Zur Geschäftsordnung. Präsident Graf v. Schwerin-Löwitj: Der Antrag und seine Begründung sind geschäftsordnungsmäßig zulässig.) Die verabsamte Friedensresolution vom 19. Juli ist inzwischen tot. Das Folge Kaiserwort: Ich lenne keine Parteien mehr, sollte auch heute für uns maßgebend sein. Ich komme von der Front im Wesen und werde sofort dort hin zurückkehren, weil ich dieses politische Durcheinander nicht mehr vertragen kann. (Beifall Zustimmung rechts, Unterbrechungen links.) Sie sollten die Vorgehensweise kennen und auf sich wirken lassen und dann zeigen, daß wir der Soldaten drängen würdig sind. (Beifall rechts. Widerspruch. Jüdisch.)

Eine Regierungserklärung.

Stellvert. Präsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Antrag des Grafen Spee hat, wie ich glaube, das hohe Honor, ja die eigene Partei des Redneren und die Kgl. Staatsregierung durchaus überfordert. Der Vorschlag ist gewiß aus hochherzigen Erwägungen heraus entstanden. Er würde aber nicht den Erfolg haben, den der Antragsteller sich verspricht.

Eine Wortlage, die ungeschicklichst werden ist, die der Verhandlung hier geschicklichst worden ist, auf eine unbestimmte, ungenügende Zeit verlegen, würde den inneren Frieden unseres Volkes auf das Tiefste gefährden. (Beifall rechts und Händeklatschen links.) Die königliche Staatsregierung könnte die Verantwortung nicht übernehmen und müßte die Annahme des Antrages mit den äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen beantworten. (Beifall links. Große Unruhe.)

Abg. Dr. Porck (Ztr.): Uns kommt der Antrag Graf Spee leider nicht überausend. Er hat ihn in der Praxis ungeschicklich. Nachdem die Vorlage aber eingebracht worden ist, ist es nicht mehr möglich, diesen Antrag anzunehmen. Wir lehnen ihn ab. (Beifall.)

Abg. Dr. Pöchl (Ztr.): Der Antrag ist ein Hehn auf die königliche Hofkammer, das Staatsministerium, auf das Land. (Beifall rechts. Beifall links. Nein rechts.)

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitj: Ich bitte, die Hauptbühne meiner Geschäfte nicht einer Kritik zu unterziehen. (Auf links: Sehr berechtigt.)

Drei Ordnungsrufe.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Wir erwarten, daß in Zukunft der Präsident bei Geschäftsordnungsbekanntnissen ein freies Spielraum lassen wird, wie heute dem Grafen Spee. Das Auftreten des Grafen Spee macht den Eindruck, als ob er ohne Rücksicht aus dem Offiziersstabe gekommen wäre. (Pluraise rechts und im Zentrum. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Man könnte versucht sein, den Antrag zu stellen, den Grafen Spee auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. (Erneuter Ordnungsruf des Präsidenten.) Wenn der Antrag angenommen würde, dann würde ich die Kämpfer an der Front aufordern, solange den Kampf einzustellen... (Stürmischer Pluraise rechts und Rufe Hochverräter. Präsident Graf v. Schwerin-Löwitj ruft den Redner zum dritten Mal zur Ordnung.)

Von der Rechten wird dem Abg. Hoffmann, der die Rednertribüne verlassen hat, zugerufen: Vaterlandsverräter. Das wird Ihnen unvergessen bleiben.)

Abg. Dr. Lehmann (Nat.): Meine politischen Freunde werden geschlossen gegen den Antrag Spee stimmen, durch den der Ernst der Stunde heruntergedrückt wird.

Abg. v. Heidebrandt (Kon.): Wir beklagen es tief, daß durch die Verhandlungen die Gemüter so tief angeheizt werden. Da der Antrag Spee für uns überraschend gekommen ist, so stelle ich den Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu verlegen, um das für und wider des Antrages abzuwägen.

Abg. Brüll (freikons.) erklärt, daß seine Freunde dem Antrag Heidebrandt zustimmen werden.

Abg. Dr. Porck (Ztr.): Wir glauben, dem Antrag Spee nicht zu viel Ehre anzutun, wenn wir die Sitzung auf eine Stunde verlegen.

Der Antrag Heidebrandt wird mit den Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und eines Teiles des Zentrums angenommen. Um 12 Uhr 10 Minuten wird die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Abg. Bilde (Kon.): Die Verhandlungen über den Antrag haben dazwischen, welche große Schuld die königliche Staatsregierung auf sich geladen hat. (Sehr richtig rechts), daß sie in dieser Zeit mit dieser Vorlage gekommen ist. Die Verantwortung trägt die Staatsregierung. (Sehr richtig rechts). Der Antrag Spee stellt eine Tat dar, die wohl in breiten Kreisen des Volkes verstanden werden wird. Angesichts der gegenwärtigen Lage und nach den Verhandlungen der Kommission lehnen wir den Antrag ab.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Daß die Vorlage innerhalb und außerhalb Zustimmung bevoorzuziehen ist, ist richtig.

Abg. v. Heidebrandt (Kon.): Daß die Verantwortung dafür, daß diese Angelegenheit in dieser Zeit verhandelt wird, auf die Regierung fällt, haben wir bereits bei Einbringung der Vorlagen gesagt. Wir sind mit dem Abg. Bilde darin einig, daß der Antrag des Grafen Spee für seinen Patriotismus spricht. Ein Teil meiner Freunde stimmt ihm zu, die Mehrheit ist der Ansicht, daß, nachdem die Vorlage eingebracht und bereits verhandelt worden ist, wir jetzt die Konsequenzen ziehen müssen. Deshalb wird die Mehrheit meiner Freunde gegen den Antrag stimmen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Herr von Heidebrandt hat, wenn auch in milderer Form den Vorwurf des Abgeordneten Bilde sich zu eigen gemacht, daß die Schuld auf die Staatsregierung falle. Dieser Vorwurf beruht eigentlich auf dem Munde derer, die die schwere Schuld dafür trifft, daß Jahre lang diese Reform verzögert worden ist. (Große Unruhe. Sehr richtig links, und Trufe rechts: Sie sprechen ja als Abgeordnete.) Sie haben es dahin gebracht, daß die Beratung in einer Zeit erfolgt, die an sich nicht günstig dafür genannt werden kann. (Großer Lärm rechts, Rufe: Nachher!)

Abg. Adolf Hoffmann: Wir werden von dem Grafen Spee lernen, wie man die Regierung herunterziehen kann, wenn sie einen den Willen nicht tut.

Abg. Graf Spee (Ztr.): Die schiere Ablehnung meines Antrages ist bedauerlich. Ich stelle aber fest, daß sie nicht aus tatsächlichen Gründen geschieht. (Sehr richtig rechts.) Unrichtig ist es, wenn man mir die Schuld dafür in die Schuhe schieben will, daß Herr Adolf Hoffmann hier unerböhrte Ausfährungen macht. Wohin sollte es führen, wenn man die Stellung von Anträgen davon abhängig machen wollte, daß Herr Hoffmann ausfallend werden würde. (Sehr gut.) Es können sich die Verhältnisse auch so entwickeln, daß die Regierung selbst einmal zu meinem Antrag zurückkommt. (Beifall.)

Abg. Dr. Pöchl (Ztr.): Ich kann nun den Antrag auf namentliche Abstimmung fallen lassen.

Abg. Dr. v. Heidebrandt (Kon.): Wir wollen keine Unklarheit lassen. Deshalb nehmen wir den Antrag auf namentliche Abstimmung auf.

Abg. Dr. Porck (Ztr.): Die Abstimmung ist zweifellos zulässig. Als in früheren Jahren von Wählern beantragt worden war, das Wahlrechtgewaltrecht auf Preußen zu übertragen, da stellte die Linke den Antrag, die Vorlage auf sechs Monate zurückzustellen. (Hört, hört.) Das geschah. Aus den sechs Monaten ist inzwischen eine etwas längere Zeit geworden. (Beifall links und Zustimmung.)

Die namentliche Abstimmung wird vollzogen und ergibt, daß 60 für und 33 gegen den Antrag Spee stimmen. Ein Abgeordneter enthält sich. Der Antrag auf Verlegung der Vorlage bis zum Frieden ist somit abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Graf von Hertling: Meine Herren! Die Vorgänge der heutigen Sitzung können in gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangen. Auf ein ultrastrahisches Wahlrecht kann sich die Regierung deshalb nicht einlassen. Es kann sich also nur handeln um das allgemeine, gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen, wie sie bereits durch die Vorlage fest angedeutet sind. Meine Herren! Das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden! (Beifall.) Die Forderung ist gegeben, die Forderung wird eingelöst werden. Meine Herren, es ist ja auch möglich, gewisse Sicherungen vorzunehmen, die beschützenden, allzumehrgehenden rechtlichen Folgen des allgemeinen Wahlrechts zu beseitigen. In der Vorlage selbst sind ja bereits derartige Sicherungen enthalten. Andere sind an anderer Stelle wohl noch möglich. Es sind, wie ich höre, Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen einführen wollen. (Hört, hört auf der äußersten Linken.) Die Regierung wird diese Vorschläge mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen und selbstverständlich ist die Regierung, die sich dafür einsetzt, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu gleicher Zeit fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß die gefährlichsten schädlichen Wirkungen dieses gleichen Wahlrechts möglichst verhütet werden. Jetzt kann die Forderung noch eingelöst werden, indem zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse des ruhigen, stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir durchführen, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schweren Erschütterungen des Volkslebens, dessen Gefahr wir nicht übersehen können, uns abringen lassen. (Hört, hört auf der äußersten Linken.) Das gleiche Wahlrecht kommt, es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit. (Sehr wahr!) Wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch das von Ihnen erwünschte Ziel nicht haben kann. (Beifall rechts links und in der Mitte.)

Abg. v. Heidebrandt (Kon.): Der Ministerpräsident hat den Wunsch nach einer Verständigung ausgesprochen. Er kann demnach nicht erwarten, daß wir die Regierungsvorlage einfach annehmen. Wenn der Ministerpräsident sagt, daß auf allen Seiten des Volkes das gleiche Wahlrecht verlangt wird, so halten wir ihm entgegen, daß viele Volksteile das gleiche Wahlrecht nicht wollen. Auch wir halten das gegenwärtige Wahlrecht für reformbedürftig. Die konservative Landtagsfraktion hat bei den früher dem Landtag vorgelegten Wahlrechtsentwürfen eifrig mitgearbeitet, und sie ist nicht schuld daran, wenn sie gescheitert sind. Was die von der Krone gegebene Zusage betrifft, so kann ich die Auffassung der Regierung nicht teilen, daß die Minister hinter der Krone stehen. Nach unserer Meinung sollen sie vor dem König stehen (sehr richtig rechts). Bei Einführung des gleichen Wahlrechts wird sich nicht nur die Zusammensetzung des Hauses, sondern auch der Parteien ergeben, die mehr abhängig ist von Feuersicherheiten. Wer am meisten vertritt, der wird in das Haus einziehen. Der Charakter des Hauses wird sich nicht nur zahlenmäßig, sondern auch innerlich ändern. Wird es dann noch möglich sein, den preussischen Staat so aufrecht zu erhalten, wie es heute möglich ist? Wir haben in Preußen unser finanzielles Mißglat und das beruht einfach noch auf unseren direkten Steuern. Und nun wollen Sie der beschlossenen Masse die Herrschaft geben, die den Besitzenden zukommt. Wenn Sie das gleiche Wahlrecht einführen, dann werden wir auf der Rechten nicht mehr zu unserem Rechte kommen. Auf nicht ein Wahlrecht, das gesund sein will, sich der bürgerlichen Sicherung des Volkes anpassen, sodas jedes Glied zu seinem Rechte kommt? Wir verteidigen unseren Standpunkt für uns und unsere Kinder. Wir wissen, was wir tun. (Beifall rechts.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: In das gleiche Wahlrecht sind sehr gut gewisse verfassungsmäßige Modifikationen einzufügen, die manche unangenehme Folgen des gleichen Wahlrechts ausschließen. (Auch bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere aber außerordentlich, daß alle Vorschläge die nach dieser Richtung von der Regierung in der Kommission gemacht worden sind, von der konservativen Partei nicht angenommen wurden, und sogar ihren starken Widerspruch gefunden haben. Mit der Wotkraft vom 11. Juli 1917 ist ein Regierungsvorhaben auf

gewollt worden, daß, wenn etwan Auswegungen, nicht mehr rückgängig zu machen ist. Sie werden diese Entscheidung nicht wieder aufhalten. Der Staatsmann, der mit solchen realpolitischen Dingen rechnen muß, muß weiter denken. Herr von Heubrand hat meine Gründe gewogen und zu leicht befunden. An der Wage muß ein unparteiischer Mann stehen. Herr von Heubrand als Parteimann kann ich als unparteiischen Bogenmann nicht anerkennen. Deshalb traf mich sein Urteil nicht mit besonderer Schärfe. Herr von Heubrand hat dann hingewiesen auf unsere Kämpfe an der Westfront und gemeint, wie wenig erfindlich und erhebelnd sei das, während dort weitgeschichtliche Schlachten geschlagen werden, wie hier in Streit und Foder stehen um solche Vorlagen. Gewiß, aber die Regierung muß doch auch gewissenhaft abwägen, was dem Siege förderlich ist, daß diese Vorlage in möglichst kurzer Zeit hier verabschiedet wird, wenn auch vielleicht unter Rücksicht, oder daß die in der Bevölkerung bestehende Beunruhigung noch auf Jahre hinaus dauern soll. Und wenn sie nach dieser gewissenhaften Erwägung zu der Entscheidung gekommen ist, möglichst bald damit zu einem Abschluß zu gelangen, so glaube ich, daß sie dafür nicht Tadel, sondern Anerkennung verdient. (Zustimmendes Beifall.)

Herr Dr. Borck: Bei der ersten Lesung dieses Gesetzes habe ich namens meiner politischen Freunde erklärt, daß ich beabsichtigt sei, zu erklären, daß ein Teil meiner politischen Freunde nach wie vor für das gleiche Wahlrecht eintritt, der andere Teil seine endgültige Stellungnahme von den Verhandlungen in der Kommission abhängig macht. Ein kleiner Teil meiner politischen Freunde wird jetzt gegen das gleiche Wahlrecht stimmen und die größere Mehrheit dafür, die sich vorbereitend, endgültige Stellung zu nehmen. Im gegenwärtigen Augenblick erwidere aber keine Kreise nicht Nein, sondern Abstimmungen. Hierauf wird auf Antrag des Abg. Dr. Lehmann (nall.) die Weiterberatung auf Mittwoch, 11½ Uhr verlagert. Schluß 4 Uhr.

„Zentrum und Konservative“.

Vor einiger Zeit hatte Professor Martin Spahn, der Sohn des früheren Zentrumsführers und jetzigen Justizministers, im „Volk“ einen viel beachteten Aufsatz veröffentlicht, in dem er das Zentrum vor dauernder Gegenständigkeit gegen die Rechte, in die Erzberger die Partei treibe, warnte. Auf die mannigfaltigen Angriffe, die ihm seine Ausführungen, insbesondere vom Abgeordneten Jäger in der „Germania“, eintrugen, antwortet er nun im „Wirtschaftlichen Volksblatt“ in Paderborn und schreibt u. a.:

Klar und einzig zu werden haben wir uns im Augenblicke nur darüber, ob die eigene Politik, die im letzten Jahrzehnt keine Weltanschauungsfragen von Belang mehr an Horizonten austauschen sah und sich deshalb immer tiefer mit der Linken einlassen zu können meinte, Schiffbruch gelitten hat oder nicht, und ob es noch ein Heraus aus der unerfreulichen Lage gibt. Wer die Augen gegen den Ernst der Lage verschließen will, mag es tun. Die Zentrumskommunikation des Landtages tut es nicht. Ebenso wenig tun es die Bischöfe, der Klerus und alle, was in der katholischen Bevölkerung Gelegenheit hat, den Gang der Dinge zu überblicken und sich ein Urteil zu bilden.

Wollen wir aus der Lage heraus, so brauchen wir die Konservative. Die großen Fragen der Verfassungs- und Kirchenpolitik, der Schul-, der Sozial- und Wirtschaftspolitik fangen im tiefsten Grunde doch alle miteinander zusammen. Daß z. B. Politik nichts mit Religion zu tun hat, ist ein überholter Irrglaube, der in der Praxis noch nie seine Befähigung fand.

Nicht die gegenwärtige Stellung der konservativen Partei zum preussischen Wahlrecht wirklich als Grund dazu, sie und unsere Partei zu trennen und in das Geschick der Linken über konservative Reaktion einzustimmen? Die Konservativen mögen an dem Dreiflasswahlrecht hängen, wie jede Partei menschlicherweise an Einrichtungen hängt, durch die ihre Stellung im Staat gesichert wurde. Aber sie haben sich unter dem Einflusse des Krieges nicht auf das Dreiflasswahlrecht verstoßen. Sie traten vielmehr für ein Wahlrecht ein, dem noch nach der Oberholzkammer auf die Nationalversammlung und das Zentrum ihre Zustimmung verdrängen. Der ganze Gegensatz zwischen ihnen und uns ist durch die Juli-Ereignisse geschaffen worden. In unserer Partei deutet man sich darauf, daß das „Kaiserwort“ jedes Sträubens wider das gleiche Wahlrecht jenseitig gemacht habe. Aber wie ist das Kaiserwort entstanden? Ist nicht das Kaiserwort eine Folge der selben Umstände wie die Friedensresolution? Kaiserwort und Friedensresolution sind gleichmäßig Ausstrahlungen der politischen Lage gewesen, die sich durch das Absinken unserer Reichstagsopposition zur Reichstagsmehrheit bildete. Immer und immer, von welcher Seite der wir auch kommen, finden wir alle Ursache aller Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stunde die Veränderung, die in der allgemeinen innerpolitischen Lage im letzten Juli eintrat. Wenn es nun heute möglich ist, daß sich die Reichstagsopposition von Banno der Friedensresolution allmählich befreit, sollte das eine Lösung von den Wirrungen der anderen Ausrichtung des Kaiserwortes unmöglich sein? Eine oberflächliche Wandlung der allgemeinen Gesamtsituation unserer inneren Politik würde bald die alten und notwendigen Beziehungen zu den Konservativen wiederherstellen.

Das Schicksal eines kaiserlichen Geschenke.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Washington ist das 1914 vom Kaiser geschenkte Standbild Friedrichs des Großen von seinem Platte vor der Kriegshölle entfernt und in den Keller gebracht worden. Es handelt sich um eine Kopie des des Unwesigen jungen Friedrich aus der

Siegessäule. Amerika hat für das Geschenk von Anfang an nicht die freudige Dankbarkeit gezeigt, in verlebend lange, ehe man für das Standbild des großen Preußenkönigs einen Platz fand. Vor der Kriegshölle seien es den republikanischen Amerikanern noch am wenigsten bedenklich, und dort wurde es aufgestellt. Der Haß der Angloamerikaner gegen Deutschland und Preußen hat nun in den Keller verbannt.

Das Geschenk des Kaisers ist nicht ohne Erinnerung geblieben: im Jahre 1911 wurde eine Repräsentation des Denkmal für den aus der Friederichianischen Schule stammenden amerikanischen General August von Steuben in Gegenwart des Kaisers und einer Abordnung des amerikanischen Kongresses auf Stadtschloß in Potsdam enthüllt. Das Denkmal trägt die Aufschrift:

„Dem deutschen Kaiser und dem deutschen Volke gewidmet vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika als Wahrzeichen unerschütterlicher Freundschaft.“

Aufstellung des Denkmals für General Friedrich Wilhelm August von Steuben, geboren in Magdeburg 1730, gestorben im Staate New York 1794. Ertrank in Washington in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste im Freiheitskampf des amerikanischen Volkes 1911.“

Dieses Denkmal hat inzwischen seinen Wert als „Wahrzeichen unerschütterlicher Freundschaft“ rasch gründlich verfehlt und nur noch 1911 schon ein Zubehörschiff. Demgegenüber wird ihm aber in der Öffentlichkeit das Schicksal blühen, das das unglückliche Standbild Friedrichs des Großen gefunden hat. Was es uns zeigt, daß die Freundschaft, die zwischen den beiden Völkern einst bestand, einfaßlich, wie es den preussischen Militärkommandos einfaßlich, wie es die für oder angeblich gegen seine Interessen sich geltend macht.

Gödie als Gärtner.

Wie wir's im Kriege mit der Ruhanwendung sozialistischer Ideen so herrlich weit gebracht, zeigt wohl nichts deutlicher als der peinliche Einbruch, daß man in unseren Tagen jeden landwirtschaftlichen Produzenten als Göttergötter anzusehen scheint, solange er nicht das Gegenteil beweist.

Mag der Landwirt noch so ungeschicklich sein, es läßt ihn in nur zu vielen Fällen nicht; er muß Bewandlung über sich ergehen lassen; muß sich schmeicheln lassen, daß Militärkommandos oder Zivilbeauftragte in den Frieden seines Hauses eindringen, alle Ecken und Winkel durchstöbern und in Stube und Kammer, Keller und Boden, Stall und Schenke das oberste zu unterst lehren. Sieh dagegen aufzuheben? Was sollte das wohl helfen! Im Gegenteil: man würde sich dadurch erst recht verdächtigt machen und nur um so eifriger und peinlicherer Durchforschung seiner Wirtschaft ausgeht sein.

Das Ergebnis solcher schroffen Handhabung der Staatsgewalt aber ist wachsende Verelendung der ländlichen Bevölkerung. Wer leben muß, wie ihn auch die genaueste Befolgung der Hunderte von Verordnungen und Verfügungen nicht davon schützt, in Verdacht der Hintertreibung förmlich bewirtschafteter Nahrungsmittele zu geraten und alle schimpflichen Folgen eines solchen Verdachts gegen sich gelten zu lassen, von dem ist schließlich nicht zu erwarten, daß seine Produktionsfreudigkeit wächst.

Und dann die Frage: sind die Personen, welche die Hausführung vornehmen — wir denken dabei an Zivilbeauftragte — denn auch selber so ganz frei von Schuld und Besche im Hinblick auf Hausleiter usw.?

Unter diesem Gesichtspunkte sei hier eine Anregung nachgegangen, die aus der Feder eines hochangehenden, in der Leipziger Gegend ansässigen Besitzers stammt; der betreffende Herr schreibt uns, seines Erachtens müßten die Landwirte verlangen, daß jeder Teilnehmer an einer „Hausjahrgangskommission“ bei seiner Verpflichtung eidesstattlich erklären sollte, daß er in seinem eigenen Hause ungeschliffen erworbene Lebensmittel weder habe, noch sein Verlangen der Beschlagnahmen gebot habe.

Diesem Verlangen wird jeder nach Recht und Billigkeit erteilende Vorschlag zu bestimmen können. Trifft unser fähigster Gewächsmann denn nicht geradezu den Nagel auf den Kopf, wenn er zu seinem Vorschlage weiter ausführt: „Von uns Landwirten werden eidesstattliche Versicherungen für jeden Dr. . . gefordert, da mit dieser Weg auch im vorliegenden Falle möglich — und es ist doch einfach unmöglich, uns zum Hausjahren Leute in Haus zu schicken, die wahrscheinlich selbst keine Gelegenheit ausgehen haben, die sich ihnen bot, um sich auf unerschöpflichem Wege Nahrungsmittele zu verschaffen.“

Freilich, dies scheint bei dieser Anregung nicht ganz unbedingt. Da man nämlich ruhig annehmen kann, daß es heute in den Kreisen der Verbraucher nur noch sehr wenig Leute geben wird, welche die geforderte eidesstattliche Versicherung mit gutem Gewissen abzugeben in der Lage wären, bliebe die Umsetzung der Hausjahrgangskommission wesentlich auf Leute mit sehr robustem Gewissen beschränkt, denen es schon in normalen Zeiten auf einen Eid oder eine eidesstattliche Erklärung mehr oder weniger nicht angekommen ist. Mit solchen Elementen freilich wäre die Landbevölkerungsforschung vom Regen in die Traufe. —

Wie wäre es denn nun aber, wenn endlich einmal — wie haben dies schon wiederholt gefordert — der Spieß umgedreht und Hausjahrgänge auch in den Wohnungen wohlhabender Städter abgehalten würden, deren Kriegsgewinne den Lebenspreisen des Scheiterns die Wage halten. Das würde doch wenigstens ungeheures Gerechtigkeit üben, und niemand wird bezweifeln, daß dort weit mehr zu holen ist als auf dem Lande. Warum also so zaghaft? Fürchtet man sich vielleicht vor dem Geschehen, das die Konsumtenpresse von Dan bis Weizsäcker erleben würde, wenn es der oben Hausjahrgänge an ihre Fleisch- und Butterbezüge ginge?

Wenn man sich nun aber endlich begeben, daß es den Landmann nicht weniger schmerzt, wenn man ihn in seinem Ehrgefühl verletzt, als den Städter. Gilt denn im Kriege eine doppelte Moral, eine strengere für das platte Land und eine löse für die Stadt?

Dem Felde der Ehre.



Dorheim. Dem Kanonier Wilhelm Eichler, in einem Feld-Artillerieregiment, wurde das Eiserne Kreuz verliehen. Herzlichen Glückwunsch!

Aus der Heimat.

Alldeutscher Verband. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Monat die Zusammenkunft bei Ostermeier abendweise Freitag, den 3. ds. Mts. stattfindet.

Feldpostkästen werden wieder befördert. Neben den Briefposten werden auch nützliche Feldpostbriefe über 50 Gramm (Büchlein) an die Truppenangehörigen der Westfront und des Großen Hauptquartiers sowie an Heeresangehörige im Generalgouvernement Belgien und in Luxemburg von jetzt ab wieder angenommen. Im Einverständnis mit der Heeresverwaltung wird indes dringend davor gewarnt, mit diesen Büchlein und Paketen leicht verderbliche Nahrungsmittel ins Feld zu schicken.

Aus Eisenburg.

Darmstadt, 22. April. Der Abgeordnete Frenkel (Wd.) hat in der Kammer folgenden Antrag betr. die Befreiung und Auszahlung der Preise für Brotgetreide, Gerste und Hafer gestellt: „Nach Befreiung der Weisgetreidepreise sollten die Preise für Brotgetreide, Gerste und Hafer pro 100 Kilogramm um 10 Mark vom 1. März 1918 ab herabgesetzt werden. Da nun die 1. B. Rattegebundenen Revisionen, welche bei einigen Kommunalverwaltungen erst am 1. März begonnen haben und die Landwirte nicht genau wußten, was sie noch zu liefern hatten und dadurch, daß den Landwirten gestattet wurde, Saatgut zurückzubehalten zur Vorbeuge eventualer Befreiung für ausgetretetes Getreide, so ist durch die Verzögerungszahlung von 10 Mark für 100 Kilogramm Getreide, welches nach dem 20. bzw. 31. März geliefert wurde, auch wenn die Voraussetzungen sonst eingehalten werden, bei den Landwirten große Mißstimmung erfolgt durch die verfahrensmäßige Handhabung der Preise. Ich beantrage daher, hohe Kammer wolle beschließen, daß für sämtliche Getreide, welches nach dem 1. März 1918 noch abgeliefert wurde, der vom 1. März gültige Höchstpreis zu zahlen ist.“

In Hirschhorn a. N. wurde in der gestrigen Nacht ansehend in die Wohnung der Frau Sans eingebrochen und daraus u. a. ein Geldbetrag von 1000 Mark, meist Papiergeid, gestohlen, ohne daß man die Täter bis heute entdecken konnte.

Aus Heßen-Rathau.

FC. Höchst a. Main, 25. April. In der in Aussicht genommenen Umgestaltung der Handelskammerbezirke und der damit in Zusammenhang stehenden Angliederung von Höchst an Frankfurt am Main nahmen die Höchster Handelsstreife in einer gut besuchten Versammlung Stellung. Nach längerer Aussprache, an der vor allem die Wiesbadener Handelskammermitglieder Syndikus Dr. Otto und Albert Sturm sich beteiligten, wurde einstimmig eine Entschloßung angenommen, in der die weitere Zugehörigkeit der Stadt Höchst zum Kammerbezirk Wiesbaden dringend gewünscht wird.

FC. Aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden, 23. April. Das Kriegswirtschaftsamt Frankfurt am Main gibt bekannt, daß am 4. Mai in Eisenheim, am 5. Mai in Biersfeld und am 6. Mai in Biedrich durch den Beamtenstellvertreter Goebel vom Kriegswirtschaftsamt Frankfurt am Main ein Vortrag über „Die Bedeutung des freiwilligen Schlichterhilfsdienstes für die Landwirtschaft“ mit Lichtbildern gehalten wird.

FC. Herborn, 28. April. In den sonnigen Tagen soll die Hebelberchelle, die bereits vorgeschritten war, erstoren sein. Das wäre ein unangenehm empfundener Ausfall.

FC. Oberhesseln, 28. April. Auf die Blüte der Kernobstbäume wirkt der anhaltende Regen sehr ungünstig ein, da das Laub zuviel wächst und die Blüte dadurch schädigt. Das Gleiche ist im Rheingebiet noch ziemlich gut mit seiner Blüte durchgegangen, und das, soweit der Frost nicht gefehlt, gesunde Früchte angeht. Auf den Höhen des Hinterlandes sind die Obstbäume noch sehr zurück, dort blühen Kirschen und Pfirsiche erst jetzt und werden ebenfalls sehr unter der nachgelassenen Witterung.

FC. Hirschhorn a. N., 21. April. Eine Herabsetzung der Gemeindesteuern um je 50 Prozent haben die hiesigen Körperschaften beschlossen.

FC. Hochheim, 21. April. Als Ehrenfriedhof wurde auf dem hiesigen Friedhof ein besonderes Revier abgeteilt, auf dem die gefallenen Krieger der hiesigen Gemeinde ihre Ruhestätte finden sollen.

Gersheim a. Rh. Eine fremdartige Beobachtung fand hier statt. Der mit Bauarbeiten beschäftigte russische Gefangene Samuilowitsch ist bekanntlich verschnitten; seiner gestrigen festgehaltenen Befreiung auf dem Gersheimer Friedhof wohnten sämtliche russischen und französischen Kriegsgefangenen bei. Ein Kamerad sprach ein Gebet, worauf die russischen Gefangenen verschiedene spirituelle Gebetsgesänge vortrugen. U. a. wohnen auch der Beigeordnete von Gersheim der Feiler bei.

Aus Kuchelheim.

FC. Gersfeld (Rhön), 21. April. Wildschweine, die selber hier selten, machen sich in letzter Zeit sehr bemerkbar und werden in größerer Anzahl zusammen gefressen.

FC. Teesla, 23. April. Im allgemeinen wird hier über die hohen Getreidepreise Klage geführt. Während noch vor vier Wochen 140—160 Mark für das Paar verlangt und bezahlt wurden, fordern heute schon einige Züchter weit über 200 Mark.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Sirlisch, Friedberg; für den Angelegenheit: R. Seyner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, A. G., Friedberg i. S.

Wem nie durch Liebe Leid geschah.

Roman von Courths-Mahler.

2. Nachdruck verboten.

Zeit, da die junge Dame die Augen gesenkt hielt, lagen die dunklen Wimpern mit den aufwärts gebogenen goldbraun schimmernden Spitzen wie kleine Halbmonde auf dem sorten Coal der Wangen. Die feingezichneten dunklen Brauen ließen die Stirn noch weißer erscheinen als sie war.

Aber das Schönste in diesem jungen Gesicht war doch der Mund. Er war wundervoll gezeichnet und verlief in einer entzückend weichen Linie in dem rosigen Coal der Wangen. Diesen Mund mußte Hans Ulrich von Frankennau immer wieder betrachten. Er seßte ihn, weil er so seltam ausdrucksvoll und besetzt erschien, und obgleich gerade dieser Mund ihn wie ein Erinnerungsbild zeigte, meinte er doch, noch nie einen so schönen und lieblichen Frauenmund gesehen zu haben. Hauptächlich der weidauerlaufende Mundwinkel hatte es ihm angetan. Und dieser kindlich junge Mund fand im Widerspruch zu den ersten Augen und dem energisch folgenden Ausdruck des schönen Gesichts. Von Minute zu Minute wurde er mehr gefesselt, und seine Beirung verfehlte ihren Zweck vollständig. Er benutzte sie nur noch als Vorwand und als Bollwerk, über welches hinaus seine Blicke ungehindert zu ihr hinüber schweifen konnten.

Doch er eine vornehme junge Dame vor sich hatte, stand fest bei ihm. Ihre ganze Art war vornehm und zurückhaltend. Die feinen, schlanken Glieder und die schmalen, zierlichen Füße, waren Merkwürdigkeiten einer edlen Abstammung.

Umsomehr wunderte er sich, daß die junge Dame ohne jede Begleitung zu reisen schien.

Freilich, in unserer modernen Zeit, in der die Frauenfrage eine so wichtige und brennende geworden ist, werden auch die Töchter aus vornehmer Familie selbständiger und freier erzogen. Das sagte sich auch Hans Ulrich von Frankennau. Er war jedoch im Grund ein Gegner dieser Freiheiten. Nicht, weil er den Frauen das Recht absprach, sondern weil es seiner Natur ungewohnt war. Eine Frau, an der es nichts zu beschließen und zu hüten gab, war ihm kein vollkommenes Wesen. Sein ritterlicher Sinn verlangte dornach, die Frauen aus seinen Kreisen zu beschützen und zu beschützen, vielleicht weil er selbst zur Genüge erfahren hatte, daß schutzlose Frauen oft als leichte Beute betrachtet werden.

Und während er nun sein Köpfele gegenüber immer eingehender betrachtete, hatte er ein Gefühl, als müßte er wünschen, daß die junge Dame noch niemals in ihrem Leben für irgend einen Mann eine Rolle gespielt hätte. Es war ein unbestimmtes Verlangen in ihm, dieser Dame gegenüber nur ritterliche Gefühle zu betätigen. Gerade jetzt hatte Hans Ulrich von Frankennau ein Lebenskapitel hinter sich, in dem einmal seine Frau eine Rolle gespielt hatte. Er war zwei Jahre ununterbrochen auf Reisen gewesen, hatte aller Herren Länder durchstreift und hatte viel interessante Eindrücke in sich aufgenommen. Auch in manchen unglücklichen Begegnungen war er dabei gekommen und hatte alles Schöne und Interessante mit offenen Sinnen in sich aufgenommen. Voll wertvoller Eindrücke war er nun auf der Heimreise, und in all der Zeit hatte er weder Lust noch Gelegenheit gehabt, sich durch irgend einen „besonderen Fall“ ablenken zu lassen.

Seine junge Reisegefährtin war nach all der Zeit wieder das erste weibliche Wesen, das einen tieferen Eindruck auf ihn machte, und fast war es ein ähnliches frisches und erregendes Gefühl für ihn, wie er es bei seiner ersten schüchternen Jünglingsbegegnung empfunden hatte, was jetzt von ihm Besitz ergriff. Er hätte beim Anblick des schönen Mädchens schwärmen können wie ein Primaner.

Hans Ulrich von Frankennau war im Begriff, in seine Heimat zurückzukehren. Frankennau war ein reicher, alter Edelmann und war auch Majorat. Seit einigen Jahren war er Majoratsherr, und seine Mutter verwaltete einstweilen seine Güter. Sie war eine kluge energische und umsichtige Frau, rüstig und lauffähig, und tat gern.

Als sein Vater starb, lebte er als Adjutant am herzoglichen Hof seiner Heimat. Ein inniges Freundschaftsverhältnis verband ihn mit dem etwa gleichaltrigen Erbprinzen. Deshalb rief ihn die Mutter noch nicht nach Hause, sondern vertrat seine Stelle einweilen und sorgte dafür, daß in Frankennau alles in Ordnung blieb.

Als dann der regierende Herzog starb und der Erbprinze die Thron bestieg, sagte er dem stolzen Valet. Im Grund dachte er nicht in dieses Leben. Das höfliche Treiben war ihm lästig und verhasst. Er hatte oft durch seine offene freiwillige Art angestoßen, aber der Erbprinz hatte gerade seinen freimütigen Liebenswert gefunden und ihm deshalb seine Freundschaft geschenkt. Nun war aber der Erbprinz regierender Herzog geworden und durfte sich nicht mehr nach Gefallen gehen lassen. Jetzt bestimmten seine Räte und

Minister, was er tun und lassen durfte, und er war ein unfreier Mann, wie alle Regierenden.

Das wußte Hans Ulrich, daß er dem Herzog, nicht mehr sein konnte, was er dem Erbprinzen gewesen war, und nahm deshalb seinen Abschied.

Es war immer sein Wunsch gewesen, eine Weltreise zu machen, und als er mit seiner Mutter darüber sprach, redete sie ihm zu sich diesen Wunsch zu erfüllen. Sie versprach ihm inzwischen getreulich, wie bisher, seinen Besitz zu verwalten, und so reiste er leichten Herzens ab und schloß sich mit Wonne als ein freier, unabhängiger Mann.

Zwei Jahre hatte er sich selbst Urlaub gegeben. Nach Ablauf dieser Frist wollte er heimkehren und Frankennau selbst verwalten. Jetzt war diese Frist verstrichen, und heute noch wurde er in Frankennau erwartet. Seine Mutter hätte es schon vor seiner Abreise gern gesehen, daß er sich verheiratete. Und nun hatte sie ihn in ihrem letzten Schreiben energisch daran gemahnt, daß es für ihn hohe Zeit sei, sich nach einer passenden Lebensgefährtin umzusehen.

Als Majoratsherr von Frankennau hatte er die Pflicht, für einen Erben zu sorgen. Aber nicht jede beliebige Frau konnte er heiraten. Da gab es ein ganz bestimmtes Hausgesetz; es war Majoratsbedingung, daß er eine Frau heiratete, die auf eine gleiche Ahnenzahl zurückzuführen konnte, als er selbst. Und die Frankennaus konnten ihren Stammbaum bis zu den Kreuzzügen verfolgen.

In ihrem Schreiben an ihren Sohn hatte Frau von Frankennau ziemlich deutlich durchblicken lassen, daß sie bereits eine künftige Majoratsherrin von Frankennau ins Auge gefaßt hatte.

Tiefen Ausblick ließ nun Hans Ulrich die Heimkehr nicht gerade sehr erfreulich erscheinen. Gerade, weil ihm in Bezug auf die Wahl einer Gattin so enge Grenzen gezogen waren, hatte er immer mit Abneigung an seine künftige Ehe gedacht. Seine Natur war allem Zwang abhold. Aber er war auch vernünftig genug, sich zu fassen, daß man Unabänderliches mit Würde tragen müsse, und so hatte er sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, den Wunsch der Mutter zu erfüllen.

Jetzt hatte er aber diesen Gedanken noch für ein Weibchen aus seiner Seele verbannt. Seine Augen lobten sich an seiner schönen Reisegefährtin und außerdem freute er sich ehrlich auf das Wiedersehen mit seiner Mutter und mit seiner jungen Schwester Ursula, die er beide herzlich liebte.

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der dem Zeich der Feuererei Steinhäuser nächst gelegene, und zu Weidewerden von der Stadt Friedberg gepachtete Teil der Seewiese nicht betreten werden darf.

Zu widerhandelnde werden durch einen Beobachtungsposten un-nachlässig zur Anzeige gebracht. Zwei mit deutlicher Aufschrift versehene Warnungstafeln lassen die Grenzen des Weidewerdes erkennen.

Ersch-Bataillon Ref.-Inf.-Regt. 116.

Holzversteigerung.

Samstag, den 4. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr anfangend, kommt im Södeler Gemeindegeld nachfolgendes Holz zur Versteigerung:

14 Buchenämme 15,30 im Anh. 8 Kleberämme 3,10 im Anh.
280 Eichenämme 163,11 im Anh. 453 Stück Nichten-Deckbänken
21 Nichtenämme 8,50 im Anh. 370 Stück Nichten-Keisbänken.

Insammentkunft ist vormittags 9 Uhr auf der Straße Södel-Opfershofen am Eingang des Waldes.

Södel, den 28. April 1918.

Großh. Bürgermeisterei.
S. B. Henkel.

Vereinigte Landwirte v. Frankurt a. M. u. Umgegend, e. V.

Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Kronprinzenstraße 41.
(Kronprinzenbau.) — Fernruf Nummer 4208.

Wirtshausen, Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, nachmittags von 2—4 Uhr. — Geschäftsangelegenheiten in diesem Raum nur für unsere Mitglieder; dieselben sind kostenlos, jedoch muß bei Aufgabe der Anzeige an die Mitgliedschaft hingewiesen werden.

Ferkel

hat abzugeben
Adolf Bausch,
Friedberg-Waldstadt.

Bruteier

aus meiner langjährigen anerkannten Feinmischung des rehschupp. ital. Hühners hat abzugeben
Bürgermeister Feurich, Marbach.

Gewerbeschule Friedberg.

Der Unterricht der Gewerblichen Fortbildungsschule (Handwerkereisenschule) beginnt für die Lehrlinge, die im ersten Lehrjahre stehen, am

Montag, den 6. Mai, 1 Uhr nachmittags

und der für die Lehrlinge im 2. und 3. Lehrjahre am

Donnerstag, den 2. Mai, 1 Uhr nachmittags.

Die Anmeldungen nimmt der unterzeichnete Schulleiter an den Tagen des Unterrichtsbegins von 1 bis 2 Uhr nachmittags entgegen. Bei der Aufnahme ist das Schulabgangszeugnis und der Lehrvertrag vorzulegen. Nur Schüler, die mindestens die zweitoberste Klasse einer Volksschule durchlaufen haben, können auf Aufnahme rechnen. Das Unterrichtsgeld beträgt 12 Mark für das Schuljahr.

Friedberg, den 18. April 1918.

Für den Aufsichtsrat: Die Schulleitung:
gez.: Haag, Gr. Bauat. gez.:
Dipl.-Ing. Schneidl,
Gr. Hauptlehrer.

Drucksachen

Kann der Geschäftsmann auch während der Kriegszeit nicht ganz entbehren, wenn auch der Papiermangel und die Teuerung eine gewisse Einschränkung mit sich gebracht haben. Die Geschäftsdrucksache ist und bleibt nun einmal für jeden Geschäftsbetrieb unentbehrlich, sei es, daß man sie braucht zur Uebermittlung geschäftlicher Angelegenheiten, oder zwecks Regelung von Ausständen usw. Wie kein Geschäft seinen Vertreter oder Reisenden in schätzigem Gewande zum Besuche seiner Kundschaft hinausgehen läßt, so sollte es auch darauf bedacht sein, daß die von ihm verbrauchten Drucksachen die es ja doch auch bei dem Empfänger derselben vertreten sollen, ein einwandfreies Aussehen haben. Auch familiäre Mitteilungen jeder Art lassen in ihrer äußeren Aufmachung einen Schluß auf die Persönlichkeit des Absenders zu. Wir empfehlen uns zur Anfertigung von Drucksachen jeder Art in sauberer und geschmackvoller Ausführung und sichern schnellste Lieferung und billigste Berechnung zu. Bei eintretendem Bedarf bitten wir Muster und Preisberechnung von uns einzufordern.

Neue Tageszeitung

Druckerei und Verlag A.-G.

Friedberg i. H.

Alldeutscher Verband

Ortsgruppe Friedberg.
Freitag, den 3. Mai, abends
7 1/2 Uhr Zusammenkunft bei
Eilermeyer.

Herren-Socken Damen-Strümpfe Handschuhe

in
unerreichter Auswahl
äußerst preiswert

Fr. Weber, Friedberg.

Billa

zum Alleinbewohnen
modern erbaut und mit allen
Bequemlichkeiten, Zentralheizung,
Wasserheizung, etc. zu vermieten oder
zu verkaufen.
Offerten unter Nr. 635 an
die Geschäftsstelle der „Neuen
Tageszeitung“.

Strobes kinderliebes

Mädchen

in kleinen Haushalt gesucht.
Frau Regierungsbaumeister Hand-
Friedberg, Ludwigsstraße 9.

Eiserne Bettstelle

mit Matratze
zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäfts-
stelle der „Neuen Tageszeitung“.

Einjähriges

Hengst-Fohlen,

braun, Oldenburger, hat zu ver-
kaufen

Philipp Reih II. Cönnel.

Guterhaltenes komplettes ein-
und zweipännig eingerichtete,
silberplattiertes

Kummel-Schiffengeschirre

zu verkaufen bei
Heinrich Hansel, Reich-Wäns.